

6. September 2006

## **Kurzfassung des Referates vom 26.8.2006 im Albisgüetli in Zürich**

von Albertino Pierino Steiner, Präsident von Information Schweiz  
(Hintergrundinformationen liegen bei ihm vor)

Steiner sprach die folgenden Themen an:

**Terrorismus, EU, Asylwesen, Ausländerpolitik und Integration.**

Nachstehend sind die für die Verfasserin eindrucklichsten Punkte erwähnt.

In der Einleitung zeigt A.Steiner auf, wie einzigartig jeder Mensch ist und folgert daraus, dass deshalb jeder Mensch die Möglichkeit haben sollte, für sich Entscheidungen zu treffen und dafür Verantwortung zu übernehmen. Nur mit dieser persönlichen Freiheit kann sich eine tragfähige Gesellschaft entwickeln, in der sich alle wohl fühlen und zufrieden sind. Davon profitieren alle, der Staat, die Gemeinden, jeder Einzelne. In einer solchen Atmosphäre hat die Gewalt keinen Platz.

Die Tatsache, dass in den letzten Jahren die Gewalt, die Unterdrückung, die Ausgrenzung am Arbeitsplatz, in der Familie, in den Schulen unter Jugendlichen immer mehr zunimmt, zeigt, dass sich die Menschen nicht mehr frei fühlen, Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen.

Mit Schengen/Dublin hat das Schweizer Volk seine Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortung weitgehend an Brüssel übertragen. Deshalb ist die Zustimmung des Souveräns zu diesen Verträgen der grösste Fehler gewesen. Den Grund dafür sieht Steiner darin, dass das Volk von den Behörden und den verschiedenen Verbänden einfach angelogen worden ist.

Es ist eine Schande und ein unrühmliches Spiel, wenn der Präsident der Polizeidirektoren-Konferenz, auch Regierungsrat Notter des Kantons Zürich, dem Volk erklären, Schengen/Dublin bringe der Schweiz mehr Sicherheit, wenn der Präsident der beratenden Kommission, Nationalrat Gerold Bühner, bekannt gibt, dass die Kosten stimmen, die Vorteile überwiegen und nachher das Parlament in Bern im Schnellzugs-Tempo der Vorlage zustimmt, ohne detailliert auch über die Nachteile zu debattieren. Dies bei einer solch wichtigen Entscheidung für unser Land.

Diese Abstimmung ist Betrug und Verrat gegenüber der Schweiz. Mehr Sicherheit, keine zusätzlichen Kosten, das gehört ins Märchenland. Das Gegenteil ist und werde der Fall sein. Die ersten Erkenntnisse liegen ja bereits vor und weitere, schmerzliche werden folgen. Die offenen Grenzen öffnen der organisierten Kriminalität Tür und Tor. Die innere Sicherheit wird auf eine harte Probe gestellt.

# Information Schweiz

Parkstrasse 1, Postfach 576, 9430 St. Margrethen  
[www.information-schweiz.ch](http://www.information-schweiz.ch)

Das Parlament in Bern hat in Sachen Schengen/Dublin die Form und den Ablauf der EU geübt. Entschieden, ohne das Volk zu fragen. Da wir immer noch das Referendum kennen, musste wohl oder übel das Volk gefragt werden. Und damit die EU-Turbos in Bundesrat, Parlament und Wirtschaft ihr Ziel haben erreichen konnten, wurde falsch informiert, ja gelogen. Nur so war die Abstimmung zu gewinnen. Es ist eine Schande, aber auch eine Bestätigung, dass es die Vereinigung Information Schweiz braucht, um solche Vorkommnisse ins Volk hinauszutragen.

Nach Inkrafttreten von Schengen/Dublin präsentiert sich dieses Land wie ein Haus mit offenen Türen und Fenstern, man kann ein und aus gehen, wie man will. Der Schleierfahndung gehen sowieso meistens nur diejenigen ins Netz, die einen Liter Milch zuviel im Kofferraum haben. Schengen/Dublin stärkt die organisierte Kriminalität und schwächt eindeutig die innere Sicherheit.

Die Strategie der EU-Befürworter ist leider aufgegangen, weil der Souverän falsch und einseitig orientiert worden ist.

Die Schweiz, unsere Heimat, wird auch in diesem Fall von innen und aussen unterlaufen mit der Unterstützung eines Teils des Bundesrates, des Parlamentes und eines Teils der Wirtschaft. Die EU wird's freuen.

Wie funktioniert eigentlich die EU? Unter dem Deckmäntelchen der Terrorbekämpfung will die EU-Kommission das Rechtssystem zentralisieren. Wie der Präsident der EU-Kommission José Manuel Barroso sagte, riefen "die Bürger im Kampf gegen Terror und organisiertes Verbrechen nach mehr Europa. Es ist unsere Pflicht, diesem Ruf nachzukommen – mit oder ohne Verfassung." - Brüssel strebt ein umfassendes Rechtssystem an, das über den nationalen Gesetzen der EU-Länder steht und nach dem strafrechtlich verfolgt und verurteilt werden kann. Dazu gibt es schon die EU-Strafverfolgungsbehörde Eurojust und die EU-Polizei Europol, die die EU-Gesetze durchzusetzen haben. Brüssels Marschroute ist klar: Es will Schritt für Schritt nationale Regierungen kalt stellen und auf eigene Faust für selbst ausgedachtes Recht und für selbst festgelegte Ordnung sorgen. Doch wer sind die Mächtigen in Brüssel, die über 460 Millionen Europäer herrschen wollen?

Das eigentliche Entscheidungsgremium in der "EU-Regierung" ist der Ministerrat, der sich aus den EU-Regierungschefs zusammensetzt. Nur er allein kann letztendlich beschliessen, was in Europa zum Gesetz wird. Die mächtige Europäische Kommission mit ihren 25 Kommissaren muss das Beschlossene umsetzen, hat aber ihrerseits auch das Recht, Gesetzesvorschläge zu machen. Mit diesem Aufgabenmix aus Exekutiv- und Legislativpflichten ist die Kommission aber de facto eine Regierung. Sie beschäftigt in ihrer Verwaltung 20'000 Mitarbeiter. Doch dieses Regierungs-Monstrum kann kein Bürger mit seiner demokratischen Stimme dirigieren. Die "EU-Regierung" ist nicht direkt wählbar. Was die EU-Bürger wählen können, ist das Europäische Parlament in Strassburg. Das Europäische Parlament hat die Aufgabe, die Kommission lediglich zu überwachen und zu begleiten. Die Autorität, gegen die Kommission handfest einzuschreiten, hat es kaum. In

**Bankverbindung**

**Appenzeller Kantonalbank, Kto.-Nr. 60 55 348.901-08, Clearing-Nr. 763**

# Information Schweiz

Parkstrasse 1, Postfach 576, 9430 St. Margrethen  
www.information-schweiz.ch

Brüssel sitzt somit eine scheinbar allgewaltige Zentralregierung, die tun und lassen kann, was sie will. Das ist aber nur scheinbar so.

Von Anfang an wurden die europäischen Einigungsaktivitäten von dubiosen Clubs und geheimnisvollen Organisationen begleitet. Sie sind bis heute die eigentlichen Drahtzieher in Brüssel, und bestimmen in der EU, wie alles zu laufen hat.

Eine Organisation nimmt dabei seit vielen Jahren eine Schlüsselposition ein: Es sind die Bilderberger. Der eigentliche Initiator der Bilderberger ist der polnische Jesuit Joseph Retinger (1988-1960). Retinger stand nach dem Zweiten Weltkrieg der "Europäischen Bewegung" vor. Er war eine mysteriöse Persönlichkeit, die durch Europa huschte und für die viele Türen von Politikern, Gewerkschaftsführern, und Industriemagnaten in Europa wie von selbst aufgingen. Retinger gründete 1954 mit Prinz Bernhard der Niederlande im niederländischen Hotel "de Bilderberg" die Bilderberg-Gruppe. Zu den Konferenzen werden seither hochgestellte Persönlichkeiten aus Adel, Politik, Wirtschaft, Militär, Gewerkschaften, Medien und Hochschulen eingeladen. Es existiert keine formelle Organisation und keine Mitgliedschaft. Man kann zu den Konferenzen nur persönlich eingeladen werden. Die Bilderberger haben die europäischen Medien so im Griff, dass über ihre Zusammenkünfte und Beschlüsse nichts nach aussen dringt. Die Bilderberger steuern zu grossen Teilen die europäische Politik. Als der Biograph von Prinz Bernhard den einst im Steuerungs-Komitee der Bilderberger sitzenden George McGhee nach der Bedeutung von Bilderberg-Konferenzen fragte, antwortete dieser: "Ich glaube Sie können sagen, dass die Römischen Verträge (die Gründungsverträge der europäischen Gemeinschaft von 1957), welche den Gemeinsamen Markt einleiteten, auf diesen Tagungen geboren wurden."

Ein weiterer sehr mächtiger Club ist der Europäische Runde Tisch von Industriellen, abgekürzt ERT. Er tagt regelmässig in einem unauffälligen Gebäude in Brüssel. Im ERT treffen sich 45 Konzernchefs multinationaler Konzerne wie z. B. Unilever, Nestlé, Philipps, Bayer, Deutsche Telekom oder E.ON. Als Mitglieder fungieren jedoch die Konzernbosse nur als Privatpersonen. Bis Ende letzten Jahres war Gerhard Cromme, Aufsichtsratsvorsitzender von Thyssen-Krupp, der ERT-Präsident. Jetzt ist es Jorma Ollila von der Firma Nokia. Aus den Unterlagen geht hervor, dass der ERT sich regelmässig mit der politischen EU-Spitze trifft und dieser die zu behandelnden Themen vorgibt. Gemäss der englischen Zeitung Guardian hat der ERT die Brüsseler Politiker im "eisernen Griff". So soll der die Weichen für die Liberalisierung der europäischen Wirtschaft und die Privatisierung von Staatseigentum gestellt haben.

Bei der Liberalisierung im Wirtschaftsbereich muss ein weiteres geheimnisvolles Gremium genannt werden, dessen Arbeit kaum jemand durchschaut: Es ist der "Ausschuss 133". Diese Arbeitsgruppe von EU-Beamten regelt die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten der EU bei Verhandlungen über Handelsfragen. Grosse Konzerne haben in diesem Ausschuss ihre Verbindungsleute platziert und können dort ungestört Politik machen, da der Ausschuss 133 keiner Kontrolle unterliegt. Eine seiner Hauptaufgaben liegt darin, "Allgemeingut" wie Wasser, gentechnische Forschung, Luft, Kultur oder Bildungswesen zu privatisieren und zur Handelsware für die Wirtschaft zu machen.

## **Bankverbindung**

**Appenzeller Kantonalbank, Kto.-Nr. 60 55 348.901-08, Clearing-Nr. 763**

# Information Schweiz

Parkstrasse 1, Postfach 576, 9430 St. Margrethen  
www.information-schweiz.ch

Ein ähnlicher undurchschaubarer Club ist Coreper, der innerhalb des Brüsseler Machtapparates grossen Einfluss hat. Coreper ist offiziell der Ausschuss der ständigen Vertreter der nationalen Regierungen bei der EU. Der Coreper-Club bereitet vor, was später einmal der EU-Ministerrat als Europa-Gesetz endgültig zu verabschieden hat. Dieser Club tagt wöchentlich und ist keine offizielle Einrichtung der EU. Coreper ist das "Nadelöhr", durch das alles hindurch muss, was später vom Ministerrat endgültig beschlossen wird.

Schon jetzt beruhen 50 Prozent aller in Deutschland erlassenen Gesetze auf bindenden Vorgaben aus der EU-Zentrale in Brüssel. Im Bereich der Wirtschaft sind es 80 Prozent. All dies geschieht grösstenteils ohne demokratisch legitimiertes Einverständnis. Bei genauer Betrachtung ist die EU schon jetzt eine nicht demokratisch legitimierte Rätediktatur. Entscheidungen fallen in Räten, Komitees und Kommissionen, die von grauen Eminenzen im Hintergrund gesteuert werden.

Die heutige EU ist ein Scherbenhaufen. Ein Tummelfeld für Terror, Korruption. Filz regiert die EU. Und es gibt in unserem Lande tatsächlich Personen, Gruppen, Parteien die uns lieber heute als Morgen in die EU integrieren möchten. Das ist Verrat an der Heimat. Wir gehören zu Europa, aber nicht in die heutige EU. So nicht und nicht jetzt. So verlieren wir unsere einzigartigen Volksrechte. Wir verlieren unsere Freiheit.

Information Schweiz hat sich zum Ziel gesetzt, alle erwähnten Punkte und weitere Problemkreise intensiv dem Volk näher zu bringen, d.h. in der Öffentlichkeit auf verschiedenste Art und Weise zu wirken.

Verfasserin: Joh.Haidvogel-Werder, Gelterkinden

Dies ist eine Zusammenfassung und entspricht dem, was die Verfasserin als wesentlich erachtete und wie sie es verstanden hat. Die Ausführungen des Redners waren viel ausführlicher.

Der Artikel entspricht der frei geäusserten Meinung des Verfassers.

© by Information Schweiz